



Bundesverfassungsgericht
Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

Briefpost
Postfach 1771
76006 Karlsruhe

Paketpost
An der Waldschule 12
76149 Karlsruhe-Neureut

Tel.: +49 721 / 9101 - 0
Fax: +49 721 / 9101 - 382

bverfg@bundesverfassungsgericht.de
www.bundesverfassungsgericht.de

Ihr Schreiben vom 4. November 2025, hier zugegangen am
7. November 2025

Sehr geehrter Herr [REDACTED]

auf Ihr oben genanntes Schreiben teile ich Ihnen auftragsge-
mäß Folgendes mit:

Der einzelne Bürger kann sich lediglich mit einer Verfassungs-
beschwerde an das Bundesverfassungsgericht wenden. Ihr Vor-
bringen lege ich daher dahingehend aus, dass Sie Verfassungs-
beschwerde gegen den beigefügten Beschluss des Amtsgerichts
Frankenthal (Pfalz) vom 1. September 2025 - 5 M 1450/25 - er-
heben wollen. Gegen die Zulässigkeit einer solchen Verfas-
sungsbeschwerde bestehen Bedenken. Zum einen dürfte schon
der zulässige Rechtsweg vor den Fachgerichten nicht erschöpft
sein.

Eine behördliche beziehungsweise gerichtliche Entscheidung
kann grundsätzlich erst nach Erschöpfung des Rechtswegs vor
den Fachgerichten mit einer Verfassungsbeschwerde angefoch-
ten werden. Die Verfassungsbeschwerde ist ein außerordentli-
cher Rechtsbehelf, der nur zulässig ist, wenn die gerügte Grund-
rechtsverletzung nicht auf andere Weise beseitigt werden kann.
Sie gewährt keinen wahlweisen Rechtsbehelf neben den sons-
tigen vom Gesetz zur Verfügung gestellten Rechtswegen. Es
müsste daher zunächst der Rechtsweg vor den zuständigen
Fachgerichten erschöpft sein, bevor eine zulässige Verfassungs-
beschwerde in Betracht kommen könnte.

Allgemeines Register

Aktenzeichen: [REDACTED]

Bearbeiterin: Weber-Holeschovsky
Telefon: +49 721 / 9101 - 509

Datum: 19.11.2025

Seite: 1 von 2



Bundesverfassungsgericht

Aktenzeichen: AR 7470/25 (bitte angeben)
Bearbeiterin: Weber-Holeschovsky

Seite: 2 von 2

Zum anderen dürfte Ihr Vorbringen eine Verfassungsbeschwerde nicht ausreichend begründen. Es bedarf der Darlegung, inwieweit der Beschwerdeführer durch eine angegriffene gerichtliche Entscheidung in eigenen Grundrechten oder grundrechtsähnlichen Rechten verletzt sein könnte. Zudem muss er sich auch mit den Gründen der angegriffenen Entscheidung auseinandersetzen (vgl. BVerfGE 81, 208 <214>; 99, 84 <87>; 105, 252 <264>; stRspr). Ihr Vortrag dürfte diesen Anforderungen nicht genügen.

Außerhalb eines zulässigen Verfassungsbeschwerdeverfahrens kann das Bundesverfassungsgericht nicht auf Veranlassung von Einzelnen tätig werden. Insbesondere gehört es nicht zu seinen verfassungsmäßigen Aufgaben, in das Verfahren anderer Behörden oder Gerichte einzugreifen und diesen Weisungen zu erteilen. Es sieht auch davon ab, einen ihm vorgetragenen Sachverhalt allgemein zu überprüfen, hierzu Stellungnahmen abzugeben oder Rechtsauskunft zu erteilen.

Daher ist davon abgesehen worden, eine richterliche Entscheidung herbeizuführen (weitere Informationen unter www.bverfg.de - Verfassungsbeschwerde - Themenüberblick - Merkblatt, Abschnitt VIII, Allgemeines Register). Sollten Sie noch Unterlagen nachreichen wollen, wird gebeten, diese nur in Kopie vorzulegen. Sofern Sie sich nicht anderweitig äußern, wird dieses Verfassungsbeschwerdeverfahren nicht fortgesetzt.

Im Allgemeinen Register eingetragene Verfahren, die nicht in das Verfahrensregister übertragen worden sind, werden fünf Jahre nach der letzten die Sache betreffenden Verfügung vernichtet (§ 35b Abs. 7 BVerfGG, § 64 Abs. 4 Satz 1 GOBVerfG).

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Kenzler
Oberregierungsrätin

Beglaubigt


Regierungsangestellte

Hinweis: Unsere Hinweise zum Schutz Ihrer personenbezogenen Daten nach Art. 13 und 14 DSGVO finden Sie auf unserer Internetseite www.bundesverfassungsgericht.de unter dem Menüpunkt Datenschutz. Auf Wunsch senden wir Ihnen diese Informationen in Papierform zu.